L-1-152-2: Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt

Antragsteller*innen Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)

Von Zeile 152 bis 158:

~~Die Klimakrise ist Folge eines globalen ressourcenverschwendenden Wirtschaftswachstums. Klimaneutrales und nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass wir uns an den planetaren Grenzen und der Menschenwürde orientieren. Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlorientierung, Solidarische Ökonomie, innerbetriebliche Partizipation und Chancengleichheit sind dabei wichtige Prinzipien. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir massiv CO_2-Emissionen einsparen können. Degrowth ist eine vielversprechende Alternative zum ungebremsten Wirtschaftswachstum.~~

Klimagerechtigkeit ist Systemfrage Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie international. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften anhand des "ökologischen Fußabdruckes" immer wieder erzählt, dass ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise verantwortlich sind. Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.
Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen nötig machen. Somit sind für das Klima entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen. Solange Profibestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt stehen.
Vergesellschaftung statt Profitdruck
Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden, während Gewinne weiter privatisiert werden, ist

zwar nichts Neues, bleibt aber ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft. Die Energieversorgung gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird. Das bedeutet nicht, dass Konzerne, deren fossiles Konzept nicht aufgeht, sich darauf verlassen können, einfach vom Staat gegen hohe Summen auf Kosten der Allgemeinheit aufgekauft zu werden. Ein Freikaufen aus der Verantwortung für fossile Infrastruktur dürfen die Regierungen nicht zulassen. Über Vergesellschaftung muss da diskutiert werden, wo Profitinteressen einer klimafreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung klar entgegenstehen. Wir sind deshlab für die Vergesellschaftung des Fernwärmenetzes. Denn eine Wohnung, in der man im Winter nicht friert, ist ein Grundbedürfnis und Bestandteil von einem menschenwürdigen Leben. Wir brauchen endlich politische Rahmenbedingungen, die die Bürger*innenenergiewende unterstützt. Dass Berlin die fossile Infrastruktur für hohe Summen von Vattenfall abkauft und Vattenfall damit wiederholt seine Klimaverantwortung verkauft, darf keine Option sein! Dieses Vorhaben sehen wir kritisch. Vattenfall hat Jahrzehnte von dieser Infrastruktur profitiert und muss jetzt auch Verantwortung dafür übernehmen. Wir fordern, die Vergesellschaftung des Fernwärmenetzes, ohne dass Vattenfall dafür Entschädigungszahlungen erhält. Des Weiteren muss Vattenfall mit bei den Investitionen für die Umstellung des Fernwärmenetzes auf Erneuerbare Energien beteiligt werden, um seiner Verantwortung gerecht zu werden. Außerdem müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen - sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

Begründung

Basierend auf den Beschlusslagen der Grünen Jugend Berlin vom 14.07.2022 und der Grünen Jugend vom 17.12.2022.

Unterstützer*innen

Annkatrin Esser (LV Grüne Jugend Berlin), Niko Fanore (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Katharina Fischer (KV Berlin-Mitte), Aron Hävernick (LV Grüne Jugend Berlin)